

# Nur die Kommunisten gewinnen

## SPD und Nazis verlieren bei den Bürgerwahlen in Lippe

Bielefeld, 19. Oktober.  
Nach einer außerordentlich lebhaft verlaufenen Wahlbewegung fand am Sonntag hier und in Stadthagen die Neuwahl der Bürgerwahlen statt. Das vorläufige Ergebnis ist folgendes:

**Bielefeld:**  
Kommunisten: 173 Stimmen 1 Mandat. 1928: Mandate — Stimmen — Stimmen beim Landtag 1931 136  
DNVP 612 4 Mandate 1928: 954 7 M. 1931 748. SPD 633 4 M. 1928 613 4 M. 1931 925. Staatspartei 320 2 M. 1928 450 3 M. 1931 249. DNVP 420 2 M. 1928 655 5 M. 1931 544. NSDAP 1119 6 M. 1928 — — M. 1931 1151.

**Stadthagen**

Kommunisten 662. 1928 216 1 M. 1931 500. Bürgerliche Einheitsliste DNVP und DNVP 499. 1928 851 4 M. 1931 583. SPD 1981. 1928 1943 10 M. 1931 2449. Staatspartei 511. 1928 780 4 M. 1931 411. NSDAP 1000. 1928 — — M. 1931 1112.

Nach den Wahlen in Hamburg zeigt der große Wahlerfolg in den Lippegebirgen Bielefeld und Stadthagen erneut den unaufhaltsamen Vormarsch der kommunistischen Partei. Besonders tritt in Erscheinung der katastrophale Rückgang der SPD sowie auch der Rückgang der Nazi-Stimmen.

## Mobilisierung der sächsischen Hungerarmee

# Erwerbslosent Konferenz in Dresden

## KPD- und SPD-Arbeitslose in einer Front / Für die Mobilisierung der Erwerbslosenbewegung / Kampfbündnis zwischen Betriebstätigen und Erwerbslosen

Dresden, 19. Oktober.

In dem mit vielen Transparenten und revolutionären Losungen ausgeschmückten Saale des „Bürgergartens“ wurde gestern der Landeskongress der Erwerbslosen Sachsens unter Teilnahme von 148 Delegierten, darunter 6 SPD-Mitglieder, eröffnet. Nach der Wahl des Präsidiums, in das auch ein sozialdemokratischer Arbeiter gewählt wurde, begrüßte Genosse W. als Vertreter der Bezirksleitung der KPD und der Massenorganisationen, die Konferenz und zeigte die Aufgaben, die vor den Erwerbslosen stehen, an.

Im Mittelpunkt der Konferenz stand das politische Referat des Abgeordneten

Gen. Mitglied K. H. E. I.

der an Hand statistischer Materialien den Niedergang des Kapitalismus, die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und besonders die Folgen der internationalen Geldentwertung im Zusammenhang mit dem Sturz des englischen Pfundes beleuchtete. Die Maßnahmen der Bourgeoisie zur Errettung des Kapitalismus finden ihren Ausdruck in der faschistischen Notverordnung der Brüningregierung vom 6. Oktober und in dem Programm des Deutschen Städtetages. Genosse K. H. E. I. zeigte auf, wie durch die Notverordnung die Lebenshaltung der Erwerbslosen noch mehr herabgedrückt wird und brandmarkte das Programm des Städtetages, dessen Sparvor schläge sich gegen die Lebensinteressen der Werktätigen richten. Diese Vorschläge bleiben nicht auf dem Papier, sie finden ihren Ausdruck in der jetzigen sowie in einer neuen Notverordnung, die vorbereitet wird. Nur Erhöhung der

Aktivität der Erwerbslosenbewegung kann die neuen Anschläge abwehren.

Genosse K. H. E. I. führte eine Reihe von Beispielen aus verschiedenen Teilen des Reiches an, wo die Erwerbslosen durch geschlossenes Vorgehen und erhöhte Aktivität Verschlechterungen verhindert und Erfolge erzielt haben. Mit einem Appell, durch Erringung eines sozialistischen Deutschlands Brot, Freiheit und Macht für das Proletariat zu erkämpfen, schloß Genosse K. H. E. I. mit großem Beifall ausgenommenes Referat.

In der Diskussion, an der sich auch Sozialdemokraten beteiligten, kam zum Ausdruck, daß die Erwerbslosen mehr und mehr die KPD als ihre Führerin anerkennen. Scharfe Selbstkritik an Fehlern und Mängeln der Erwerbslosenbewegung wurde geübt. Gleichzeitig wurden neue Wege gewiesen, die in Zukunft gegangen werden sollen, um die Erwerbslosenbewegung zu einer politischen Massenbewegung zu gestalten und das Bündnis zwischen Betriebstätigen und Erwerbslosen herzustellen.

Genosse K. H. E. I. folgte in seinem Schlußwort die Ergebnisse der Diskussion kurz zusammen und zeigte auf, wie notwendig es ist, auf kameradschaftlicher Grundlage mit den SPD- und Nazi-Arbeitslosen zu diskutieren, um sie für die rote Einheitsfront aller Werktätigen, zum Kampf um ein freies sozialistisches Deutschland zu gewinnen.

Nach der Neuwahl der Landesleitung, die einstimmig erfolgte, richtete Genosse S., Leipzig, einen Appell an alle Delegierten, zurückzugehen und die Beschlüsse des Landeskongresses in die Tat umzusetzen. Mit dem Gesang der Internationale wurde die Landeskonferenz geschlossen.

## SPD stimmt gegen das kommunistische Amnestiegesetz

# SPD Kerkerwächter

## Die 6000 politischen Gefangenen, die Opfer des § 218, sollen im Kerker bleiben

Nach dem Auszug der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen aus dem Reichstag am 16. Oktober war eine Mehrheit von Kommunisten und Sozialdemokraten entstanden.

Da wurde abgestimmt über den kommunistischen Gesetzentwurf über die Umgestaltung der proletarischen politischen Gefangenen und derjenigen, die infolge der ungeheuren Not sich nach dem bürgerlichen Gesetz strafbar gemacht haben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte gegen dieses Amnestiegesetz.

Dieses Verbrechen der SPD-Führer muß allen Arbeitern, allen Angehörigen des werktätigen Volkes zur Kenntnis gebracht werden. Ueber 6000 proletarische politische Gefangene sind bereits hinter Kerkermauern. Gar nicht abzuschätzen ist die Zahl

der Opfer des § 218 und aller derjenigen, die wegen Notdelikten verurteilt wurden. Aber alles das ist den SPD-Führern noch nicht genug. Sie wollen, daß noch Zehntausende hinter Kerkermauern geworfen werden, deshalb haben sie auch für alle die ungeheuerlichen Bestimmungen der letzten Notverordnung gestimmt.

Wir wissen, daß dieses neue Verbrechen der SPD-Führer wieder Tausende von sozialdemokratischen Arbeitern zum Bruch mit den Nazis, Aufhänger und Konjunkten veranlassen wird. Durch die werktätigen Frauen wird ein Schrei der Empörung gehen. In jedem Bezirk, in jeder Versammlung muß mit den SPD-Führern abgerechnet werden, die dem werktätigen Volk noch das letzte Stück Brot nehmen wollen und die dem Faschismus den Weg ebnen.

# Lohnabbau-Arbeitsgemeinschaft

## Leipziger und Graßmann waren schon im Frühjahr bereit / Jetzt wird sie verwirklicht

Als am 15. Oktober der volksparteiliche Führer Dingeldey in seiner Rede im Reichstag einen neuen ungeheuren Lohnabbau und Beseitigung der sozialen Unterstellungen forderte, erklärte er, daß die Regierung schon längst Unternehmer und Gewerkschaftsführer zu einer freiwilligen Arbeitsgemeinschaft hätte zusammenbringen müssen, um die nach seiner Ansicht notwendigen Maßnahmen durchzuführen. Da machte Dr. Brüning den Zwischenruf:

„Wir waren im Frühjahr zu Pfingsten so weit, diese Arbeitsgemeinschaft zustandzubringen und dann ist sie von einem bestimmten Teil der Industrie im letzten Augenblick zerfallen worden.“

Damit ist volle Klarheit geschaffen. Die kommunistische Presse hat im Frühjahr der Arbeiterschaft davon Mitteilung gemacht, daß diese Arbeitsgemeinschaft schon sehr weit gediehen war. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben alles abgelehnt. Jetzt ist erwiesen, daß die Leipziger und Graßmann zur Bildung dieser neuen Arbeitsgemeinschaft bereit waren, daß diese nur deshalb nicht zustande kam, weil die Unternehmer noch nach anderen taktischen Mitteln suchten.

Heute erklären sich die Unternehmer dazu bereit und selbst Hitler hat in seinem offenen Botschaft an den Reichstagskongress die Bildung dieser neuen Arbeitsgemeinschaft begrüßt.

Was soll diese Arbeitsgemeinschaft durchzuführen? Im Berliner Börsen-Courier vom 16. Oktober wird klar und deutlich ausgeführt:

„Immer härter drängt sich die Notwendigkeit auf, die Interessen der Wirtschaft einschließlich der Löhne weiter zu senken. Auch die Regierung hat ja bereits, wenn auch in vorläufigen und abgeleiteten Wendungen, zugegeben, daß es notwendig ist, das zu sehr erhaltene Tarifvertragswesen aufzulockern. In eingeweihten Kreisen weiß man, daß auch in der Führerschaft der Gewerkschaften diese Notwendigkeit in steigendem Maße eingesehen wird. Man darf doch mit einer gewissen Bereitschaft rechnen, in der

Kulisse und unter Wahrung bestimmter Formen Zustände zu machen.“

Aber nicht nur der neue Abbau der Löhne, sondern auch der radikale Abbau aller sozialen Unterstellungen soll von dieser Arbeitsgemeinschaft beschlossen werden. Der Textilfabrikant Abraham Frohwein, 2. Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, schreibt in der Wollischen Zeitung vom 16. Oktober:

„Weshalb halten es denn die Verbände der Wirtschaft für unumgänglich notwendig, daß die Sozialversicherung unverzüglich mit den wirtschaftlichen Kräften unseres Volkes in Einklang gebracht wird? Doch nur, weil der harte Zwang ökonomischer Tatsachen es einfach nicht zuläßt, in einem so verarmten Volk wie dem deutschen ein soziales Budget aufrecht zu erhalten, wie es in einem wohlhabenden Volke möglich wäre.“

In seinen weiteren Ausführungen sagt Frohwein, daß heute die Sozialversicherung ernsthafter bedroht ist, als sie es jemals in der Zeit der Inflation war.“

Der Plan geht also dahin, die sozialen Unterstellungen auf niedrige herabzudrücken, und die Millionen, die die Invalidenversicherung, die Angestelltenversicherung usw. noch besitzen, sollen im Interesse der Großkapitalisten verpulvert werden, dadurch, daß diese Gelder zur täglichen Unterstützung der Arbeitslosen verwendet werden und so die Unternehmer von jeder Belastung bewahrt bleiben.

Die Bildung der neuen Arbeitsgemeinschaft muß das Signal zu einem vielfach verstärkten Massenstrom zur KPD sein. Scharf auch die NSD folgt ihren Parolen! Wenn sich die Beschlüsse in allen Betrieben darauf einigen, keinen weiteren Lohnabbau hinzunehmen, wenn sie sofort vorbereitende Kampfausschüsse wählen und wenn in Hunderten und Tausenden von Betrieben entschlossener der Kampf gegen den Lohnabbau geführt wird, so wird die Massenbewegung gegen die Abbaupolitik so stark werden, daß es auch der neuen Arbeitsgemeinschaft nicht gelingt, ihre Pläne durchzuführen!

# Wagner als Zutreiber von Ebel

200 ausgetretene Dresdener SAler zur SPD zurückgeführt

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat in Dresden von den aus der SA unter Führung von Wagner ausgetretenen Mitgliedern bereits wieder ca. 200 in die SPD zurückgefunden.

Diese Meldung bestätigt wiederum die Tatsache, daß die Faschisten und Wagner wie die Sendewelle durch ihre Gruppen ein Verbrechen an der revolutionären Arbeiterbewegung begangen haben. Sendewig wollte nach 3 Monaten wenn der neue Baden nicht klappt, den Arbeitern andere Wege weisen, d. h. sie in die Ebelpartei zurückführen. Anstatt aber der schwankenden Haltung und Feigheit der SA-Führer einen Teil oppositioneller Jungarbeiter schon nach 3 Wochen zur SA zurück. So erweisen sich die Wagner und Ebel als Zutreiber des Hauptverbandes der SA, die ihnen die so genannte KZB verhindern. Die eblischen Jungarbeiter, die bisher unter der Befehlsherrschaft geleistet haben, müssen daraus die Konsequenzen ziehen, sich von Wagner und Ebel abzuwenden und sich dem kommunistischen Jugendverband anzuschließen.

# SA-Biegler verrät Metaller

Breslau, 19. Oktober (Eig. Ber.)

Seit einigen Tagen streiken in Breslau die Metallarbeiter der größten Betriebe. Die Gewerkschaftsbürokratie hat sich trotz dem mit den Unternehmern. In einem Rundschreiben an die Unternehmern wird ausdrücklich darauf hingewiesen,

daß die Gewerkschaftsleiter Timm und Biegler bei den Verhandlungen mit einer Verringerung der Verdienstmöglichkeiten der Arbeiter einverstanden erklärt haben.

Dieser Biegler, der hier einen offenen Verrat an den Metallarbeitern begeht, ist niemand anderes als der bekannte Führer der neuen Sumpfpartei, der SA, nämlich der Reichstagsabgeordnete Biegler aus Breslau. Wir Kommunisten haben schon bei der Gründung dieser Sumpfpartei festgestellt, daß ihr Führer genau die gleiche arbeitseindliche Gewerkschaftspolitik mache, wie die Graßmann, Aufhäuser & Co.

# Landarbeiter-Streik

Stettin, 19. Oktober. Die Streikwelle der Landarbeiter im Kartoffelbaugebiet hat noch nicht ihr Ende erreicht. Jetzt wurde wieder ein Streik unter Führung der KPD begreift durchzuführen, und zwar auf dem Gute Kefow. Der Streik dauerte nur 2 Stunden, aber durch das entschlossene Vorgehen der Landarbeiter und Kartoffelbuddler wurde erreicht, daß der 8 Pfennig für die Kiepe Kartoffeln jetzt 10 Pfennig gesetzt werden.

# Der Gipfel der Freiheit

## Neue Kündigung der Löhne der Ruhrbernarbeiter

Essen, 17. Oktober (Eig. Ber.). Trotdem erst vor kurzer Zeit mit Hilfe einer Notverordnung die Löhne der Ruhrbergarbeiter um 7 Prozent gekürzt worden sind — bekanntlich hat daran der Sozialdemokrat Bergmann mitgewirkt — hat der Zechenverband die neue Lohnordnung bereits zum 30. November erneut gekündigt, um einen weiteren Lohnraub zu erzwingen. Gestützt auf den kündigung Arbeitsvertrag verrät der Gewerkschaftsbürokratie glauben die Unternehmern diese Absicht zu erreichen.

# „Maschinengewehre gegen Arbeiter“

## Fordert Nazi-Goebbels

Vor einigen Tagen fand in der Tonhalle in Düsseldorf eine Versammlung der Nationalsozialistischen Partei statt, in der der berühmte Dr. Goebbels sprach. In seiner wütenden Rede gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung führte er u. a. aus:

„Die Regierung kann nicht ein Gewehr auf den Kommunisten anlegen und ihn erschließen. Ihre Hand würde zittern. Aber wir Nationalsozialisten sind in der Lage, dem kommunistischen Spieß binnen 24 Stunden ein Ende zu machen. Für uns heißt es: Du oder ich, einer muß fallen! Nie mit es die Regierung wagen, Maschinengewehre gegen die Kommunisten zu kalten... zuerst müssen die kommunistischen Organisationen mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, da gibt es nur ein Entweder-Oder.“

Gegen diese offene Aufforderung zum Massenmord von Arbeitern schritt die Polizei nicht ein. Goebbels konnte ungehindert bis zum Schluß gehen. Nun, die Arbeiter wissen jetzt, woran sie sind. Arbeitermord, Maschinengewehre gegen Kommunisten — das ist das Programm der Hitlerpartei. Goebbels empfiehlt sich der Bourgeoisie als blutiger Henkersknecht. Dieser prahlerische Zeigling hat damit verraten, was die werktätige Bevölkerung von Dritten Reich der Hitler-Goebbels zu erwarten hat. Er hat verraten, daß der Nazifaschismus von der Bourgeoisie die Aufgabe erhalten hat, die kämpfende Arbeiterklasse blutig niederzuschlagen.

# Verbot der proletar. Freidenkerstimme

Dresden, den 18. Oktober.

Die „Proletarische Freidenkerstimme“ die nach einem zweimonatigen Verbot zum erstenmal wieder erscheinen ist erneut beschlagnahmt und bis zum Januar wiederum verboten worden.

Die sozialistische Kulturaktion, die rote Selbsthilfe der proletarischen Freidenker hat bereits eine solche Wirkung in den Reihen ihres christlichen Gegners erzeugt, daß nur noch die Staatsgewalt und Zeitungsverbote als das einzige Mittel für „geistige Auseinandersetzung“ in Weltanschauungsfragen erachtet wird.

# Neues in Kürze

Eine aus 40 Personen bestehende Delegation erschien im Reichstag und beim Reichsjustizministerium und forderte Amnestie für die 6000 proletarischen politischen Gefangenen.

Der sozialdemokratische Volkspräsident Gieseler hat die Rolle-Hilse-Broschüre: „Schüsse am Blauwälder“ beschlagnahmt. Die Auflage ist längst vergriffen.

Die japanische Regierung trifft umfangreiche Vorbereitungen für die Überwinterung ihrer Truppen in der Mandchurie.

Der weltbekannte amerikanische Erfinder Edison ist im Alter von 84 Jahren am Sonntagmorgen um 9.24 Uhr das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestorben.

Verantwortlich für Textteile: Otto Häbel, Dresden; für Politik mit Ausnahme der Auslandsteile, Walter, Gewerkschaft, Speer, Radia, und Reichstagsabgeordneter, Berlin; für Auslandsteile, Karl Trellner, Berlin; für Kultur- und Literatur: Otto Häbel, Berlin; für Illustrationen: Wilhelm Schmitt, Dresden; für Druck und Verlag: Dresden, Verlagsanstalt „Die Arbeiterstimme“.